



Presseschau vom 18.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Kiew errechnet Einnahmen durch Bauverzögerung bei Nord Stream 2**

.Der Vorstandsvorsitzende des ukrainischen Gasversorgungsunternehmens Naftogaz, Andrej Kobolew, hat gegenüber dem TV-Sender TSN.ua die Situation um den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 kommentiert.

Er erinnerte daran, dass Dänemark noch keine Baugenehmigung für eine neue Route für die Gaspipeline erteilt habe. „Die neue Route bedeutet eine neue Untersuchung. Dazu gehören ein Umweltgutachten und die Abstimmung mit anderen Ländern. Das ist ein ganz neuer Prozess“, sagte Kobolew.

Er sehe in dieser Situation ein ernstzunehmendes Problem für den russischen Gaskonzern Gazprom in Bezug auf Zeit und Kosten.

„Jede Verzögerung bietet uns größere Möglichkeiten bei Verhandlungen und dient dazu, den (Gas-)Transit durch das ukrainische Territorium über eine längere Zeit aufrechtzuerhalten. Jeder weitere Monat Verzug bei dem Projekt bedeutet für die Ukraine zusätzlich 200 bis 250 Millionen US-Dollar Einkommen“, sagte der Naftogaz-Chef.

Wie die Nord Stream 2 AG, das Betreiberunternehmen für die gleichnamige Pipeline, zuvor erklärt hatte, untergrabe Dänemark mit der Verzögerung der Baugenehmigung für die Gaspipeline das Vertrauen der Investoren. Die Forderung Dänemarks, einen dritten Genehmigungsantrag einzureichen, könne als Versuch betrachtet werden, die Umsetzung des Bauprojektes aufzuhalten.

Der dritte Genehmigungsantrag bezieht sich auf eine Route durch die dänische

ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) in den Gewässern südlich von der Insel Bornholm.

de.sputniknews.com: **Sibirische Sternwarte entdeckt im Erdorbit ungewöhnlichen Satelliten**

Forscher des Sajan-Sonnenobservatoriums in Burjatien (Ostsibirien) haben nach eigenen Angaben einen neuartigen Satelliten entdeckt, der um die Erde kreist und dabei Manöver ausführt. Die Forscher sprechen von einer neuen Klasse.

Der Himmelskörper konnte ihnen zufolge mithilfe des 1,6 Meter großen Teleskops AZT-33IK in der geostationären Umlaufbahn beobachtet werden, in der sich die Mehrheit aller Fernseh- und Kommunikationssatelliten befindet.

Es handle sich um einen „Mikrosatelliten, der eine neue Klasse manövrierender Objekte in geostationärer Umlaufbahn“ darstelle, teilen die Forscher in einem Bericht mit. Der Report und nähere Informationen zum entdeckten Satelliten sollen bei der beginnenden Moskauer Konferenz zum Thema Weltraummüll vorgestellt werden. Zu Herkunft und Zweck des neuen Satelliten machten die Astronomen vorerst keine Angaben.

Im Januar hatte das Zentrum für Astronomie der Russischen Akademie der Wissenschaften intensive Bewegungen aller vier amerikanischen Spionage-Satelliten GSSAP im Orbit gemeldet. Die Satelliten waren zwischen 2014 und 2016 ins All gebracht worden.

Nach Angaben der Secure World Foundation (SWF) haben sich die GSSAP-Satelliten mehrmals russischen und chinesischen Flugkörpern angenähert, um diese geheim zu inspizieren. Im August 2017 hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, einen eigenen manövrierfähigen „Inspektions-Satelliten“ ins All gebracht zu haben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32472/78/324727861.jpg>

vk-Seite der Union der Kommunisten des Lugansker Landes: In Lugansk fand ein **erweitertes Plenum des ZK des Leninschen Komsomol der LVR** unter Beteiligung des Aktivs der Lugansker Komsomolorganisation statt. Auf der Tagesordnung standen organisatorische Fragen und die Beteiligung der Komsomolzen an Parteiveranstaltungen zum Geburtstag W. I. Lenins und zum Tag des Sieges. Es wurden vier neue Mitglieder aufgenommen, die Schaffung einer neuen Grundorganisation im Kamennobrodschij-Bezirk von Lugansk wurde bestätigt. An dem Plenum nahm der erste Sekretär des ZK der KP der LVR Igor Gumenjuk teil.

de.sputniknews.com: **USA verhängen Sanktionen gegen Zentralbank Venezuelas**

Die USA haben neue Sanktionen gegen die Zentralbank Venezuelas und das nicaraguanische Geldhaus Corporativo (BANCORP) verhängt. Das teilte das US-Finanzministerium am

Mittwoch in Washington mit.

„Diese Finanzinstitute wurden auf die Liste der Verwaltung zur Kontrolle über Auslandsaktiva des US-Schatzamtes gesetzt“, hieß es.

Zudem sanktionieren die USA fünf mit dem Aufklärungsdienst Kubas verbundene Organisationen, teilte John Bolton, Sicherheitsberater von Präsident Donald Trump, mit. „Betroffen ist unter anderem die Fluggesellschaft Aerogaviota, die dem kubanischen Militär gehört“, sagte Bolton in Miami.

Washington wirft den Behörden Kubas Verstöße gegen die Menschenrechte und die Unterstützung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro vor, der nach Ansicht der USA nicht legitim ist.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30150/46/301504603.jpg>

de.sputniknews.com: **Baltikum: USA stellen Kostenrechnung für „Partisanenkrieg“ gegen Russland auf**

Die baltischen Staaten würden im Falle einer militärischen Konfrontation mit Russland zusätzlich 110 Millionen US-Dollar brauchen, teilte das US-amerikanische Analysezentrum RAND Corporation mit.

Die genannte Summe würde für die Versorgung von Freiwilligen mit Nachtsichtgeräten sowie mit Luftabwehr- und Panzerabwehrwaffen verwendet werden, berichtet das Nachrichtenportal Mixnews.

Laut den Analytikern würden die baltischen Länder auch ein Informationszentrum und Waffendepots sowie Lebensmittel- und Bekleidungslager einrichten müssen.

London hatte zuvor die britische Militärpräsenz in der Baltischen Region verstärkt: Es wurden fünf Militärhubschrauber vom Typ „Apache“ nach Estland entsendet. Laut dem britischen Verteidigungsminister Gavin Williamson war diese Entscheidung vor dem Hintergrund einer „realen Bedrohung“ von Seiten Russlands getroffen worden.

de.sputniknews.com: **Medwedew nennt Zahl der Armen in Russland**

In Russland leben nach Angaben der Regierung etwa 19 Millionen Menschen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt. Das entspricht fast 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Seit 2012 ist die Armutsquote angestiegen. Premierminister Dmitri Medwedew setzt nun auf gezielte Unterstützung von Familien in Armut.

Heute gibt es in Russland fast 19 Millionen Arme, sagte Medwedew am Mittwoch in der Staatsduma (Parlamentsunterhaus), als er den Rechenschaftsbericht der Regierung für 2018 vorstellte. Der Regierung sei es in den letzten Monaten schon gelungen, die Armutsquote etwas nach unten zu drücken.

Im vergangenen Jahr sei der Mindestlohn mehr als verdoppelt und die Gehälter der im

Staatssektor Beschäftigten über die Inflationsrate hinaus angehoben worden, berichtete Medwedew. Auch Sozialleistungen seien erhöht worden. „Die Zahl der Armen schrumpfte um 400.000 Menschen.“

Weil die Armut unterschiedliche Ursachen habe, wolle die Regierung statt Pauschalhilfe künftig gezielt handeln. Das Kabinett erstelle deshalb ein „Register minderbemittelter Familien“, um besonders Bedürftige wirksamer unterstützen zu können. Entsprechende Pilotprojekte liefen schon in acht der 85 russischen Regionen.

Nach Angaben des Statistikamtes Rosstat hatte die Armenquote in Russland im Jahr 2012 mit knapp 11 Prozent (15,4 Millionen Menschen) den tiefsten Stand seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 erreicht. Im Jahr 1992 hatten demnach noch mehr als 49 Millionen Russen (ein Drittel der Gesamtbevölkerung) unter der Armutsgrenze gelebt, 2000 waren es 42 Millionen (29 Prozent).

Der Mindestlohn in Russland beträgt gegenwärtig 11.280 Rubel (knapp 160 Euro) im Monat. Das durchschnittliche Existenzminimum legt die Regierung auf 10.329 Rubel pro Kopf fest.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32473/03/324730313.jpg>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Frunse und Prischib**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 17. April 3:00Uhr bis 18. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 12. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Krutaja Balka, Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Dokutschajewsk, Sachanka**. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten

Geschosse betrug 36.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 181.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Nordkorea testet neue taktische Lenkwaffe

Nordkorea hat am Mittwoch eine neue taktische Lenkwaffe getestet, melden internationale Nachrichtenagenturen unter Berufung auf staatliche Medien.

Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un soll dem Test einer neuen „taktischen Lenkwaffe“ beigewohnt haben. Die neue Rakete könne einen „mächtigen Sprengkopf“ transportieren.

Medienberichten zufolge wurde die Lenkwaffe auf „verschiedene Ziele“ abgefeuert.

Der nordkoreanische Staatschef sagte laut KCNA, dass die Entwicklung dieser Waffe „von sehr großer Bedeutung“ sei, „um die Kampfkraft der Volksarmee zu vergrößern“.

Ein Sprecher des Weißen Hauses nahm nun gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti dazu Stellung: „Wir wissen von dieser Meldung, das Übrige wird nicht kommentiert.“

Es ist der erste durchgeführte Test in Nordkorea nach dem zweiten Gipfel zwischen Kim und seinem amerikanischen Amtskollegen Donald Trump.

Der zweite Gipfel zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un hatte vom 27. bis 28. Februar in Hanoi stattgefunden. Dabei wurden keinerlei Dokumente unterzeichnet. Wie Trump auf der anschließenden Pressekonferenz bekanntgab, seien die Differenzen mit Nordkorea nicht bei der Sanktionsaufhebung entstanden. Pjōngjang sei in „einer anderen Sphäre“ keine Zugeständnisse eingegangen.

Dnr-online.ru: Seit Beginn des Jahres 2018 wurden im Rahmen des Programms zum Wiederaufbau privater Wohnhäuser, die durch die Kämpfe beschädigt wurden, das vom Ministerium für Städtebau und Kommunalwirtschaft der DVR erarbeitet und abgestimmt wurde, 307 private Wohnhäuser wiederaufgebaut. Dies teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der Republik Sergej Naumez mit.

„Die Arbeiten, die im Rahmen des Wiederaufbauprogramms für private Wohnhäuser unternommen wurden, haben verschiedene Ortschaften der Republik erfasst, die von den Kämpfen betroffen waren. Das Programm sieht den Wiederaufbau des Grundbaus von privaten Wohnhäusern mit einem Zerstörungsgrad von 30% und mehr vor. Die Priorität haben sozial nicht geschützte Schichten der Bevölkerung – Rentner, Menschen mit Behinderung, kinderreiche Familien. Seit Anfang 2018 wurden im Rahmen dieses Programms bereits 307 Häuser in Donezk, Dokutschajewsk, Debalzewo, Gorlowka, Jenakiewo, Makejewka, Jasinowataja, Schachtjorsk wiederaufgebaut. Die Baumaterialien kamen teilweise über die humanitäre Hilfe. Die Arbeiten wurden durch das staatliche Unternehmen „Strojresurs“ unter Heranziehung von Subunternehmen durchgeführt. Die Kontrolle über die Realisierung des Programms führte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft durch“, teilte Sergej Naumez mit.

Der Minister merkte an, dass die Schäden am Wohnraum des privaten Bereichs aufgrund des Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf grenznahe Bezirke weiter zunehmen. Nach Informationen der Verwaltungen von Städten und Bezirken der DVR nähert sich die Zahl solcher beschädigter Häuser bereits 22.000 an.

de.sputniknews.com: Ostsee: Russische Schiffe kontrollieren nun Vorgehen der Nato-

Marinegruppe

Russische Schiffe beobachten derzeit das Vorgehen der am Donnerstag in die Ostsee eingelaufenen Nato-Marinegruppe, der Schiffe der USA, Polens, der Türkei und Spaniens angehören. Dies gab das Nationale Zentrum für Verteidigungsverwaltung bekannt.

„Am 18. April ist die Nato-Marinegruppe, der der Zerstörer der United States Navy ‚USS Gravelly‘, sowie die Fregatten Polens ‚Pulaski‘, der Türkei ‚Gökova‘ und Spaniens ‚Juan de Borbón‘ angehören, in der Ostsee eingetroffen“, heißt es in der Mitteilung.

Um operativ auf mögliche Notfälle in der Ostsee reagieren zu können, wird mit Kräften und Mitteln der russischen Baltischen Flotte ein Maßnahmenkomplex umgesetzt. Damit soll das Vorgehen der Nato-Schiffe kontrolliert werden.

In zugewiesenen Gebieten werden nun die Schiffsabwehrsysteme ‚Bal‘ und ‚Bastion‘ sowie die Flugzeuge der Marineflieger im Einsatz sein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31723/57/317235782.jpg>

Dnr-online.ru: **Offizielle Erklärung des Staatssicherheitsministeriums der DVR**

Der Pressedienst des MfS der DVR teilt mit, dass neue Formen und Methoden der Arbeit ukrainischer Spezialdienste bei der Anwerbung von Einwohnern der Republik festgestellt wurden. Insbesondere haben sie zur Sammlung von Informationen gefälschte Seiten in sozialen Netzwerken angelegt, die die Seiten der militärischen Behörden, darunter des MfS der DVR, imitieren.

„Die Sammlung von Informationen, darunter persönlichen und vertraulichen Charakters, erfolgt über Mitteilungen über Rechtsverletzungen und Bewerbungen von Bürgern, die mit der genannten Methode in die Irre geführt werden.

Es wurde festgestellt, dass die ukrainischen Spezialdienste so über personenbezogene Daten von Bürgern verfügen und Anwerbungsversuchen bei ihnen und ihren Verwandten unternehmen, indem sie Methoden der psychologischen Einwirkung, Erpressung und Drohung verwenden. Außerdem werden die genannten gefälschten Seiten zur Veröffentlichung provokativer Informationen verwendet, die den Spezialdienst der DVR diskreditiert und die Bevölkerung der Republik desorientiert.

Sehr geehrte Bürger! Wir erinnern daran, dass jegliche zuverlässige Informationen ausschließlich auf der offiziellen Seite des MfS der DVR zu finden ist, und die Annahme von Mitteilungen erfolgt auf die gesetzlich geregelte Art und Weise.

Wir erinnern daran, dass das MfS der DVR kein einziges der existierenden sozialen Netzwerke zur Veröffentlichung von Informationen und zur Annahme von Anzeigen nutzt“, heißt es in der Mitteilung.

de.sputniknews.com: **US-Marine will „Roboter“-Flotte gegen Russland und China – NI**

Die US Navy will zwischen 2020 und 2024 ihre Flotte mit Roboterschiffen erweitern, um mit den Marinestreitkräften Russlands und Chinas konkurrieren zu können. Darüber berichtet das US-Magazin „National Interest“ unter Berufung auf Schiffsbauexperten.

Die US-Marine habe vor, in diesem Zeitraum etwa vier Milliarden Dollar in den Kauf zehn großer unbemannter Oberflächenschiffe und neun großer unbemannter U-Boote zu investieren.

Die neue Begutachtung der Streitkräftestruktur der Navy, die 2019 veröffentlicht werden soll, könnte demnach noch höhere Ausgaben für Drohnenschiffe fordern.

Durch die schnelle Beschaffung zahlreicher Roboter-Kriegsschiffe könnte die Marine neue Taktiken entwickeln, hieß es.

Die Roboterschiffe könnten der Marine helfen, die Flotte trotz Haushaltskürzungen auszubauen. Darüber hinaus befürchten laut „NI“ die Marinechefs zunehmend, dass traditionelle Kriegsschiffe mit hunderten Matrosen zu anfällig für russische und chinesische Raketen sein könnten.

Das große Roboterschiff „wird sowohl als Sensor als auch als Schütze dienen“, zitiert das Magazin Konteradmiral Randy Crites.

Die US-Navy habe bislang keine klaren Anforderungen an diese Schiffe und entwickle nur ihre Einsatzkonzepte. Den Entwürfen nach soll es ein etwa 60 bis 90 Meter langer Schiffskörper mit einer Wasserverdrängung von rund 2000 Tonnen werden. Somit wären diese Schiffe in derselben Größenklasse wie bemannte Korvetten einzustufen.

Berichten zufolge plant die US-Marine, ihre neue Raketenfregatte als Kommandoschiff für Roboterflotillen einzusetzen. Die Drohnen-U-Boote können voraussichtlich für die Minenräumung, U-Boot-Bekämpfung, elektronische Kriegsführung und Angriffsmission verwendet werden.

Derzeit sei kein Hersteller mit dem Bau der Drohnenoberflächenschiffe beauftragt worden. Die Roboter-U-Boote sollen von Boeing gebaut werden.

„Die meisten wichtigen Fragen darüber, wie und von wem diese unbemannten Schiffe kontrolliert sowie ob sie unabhängig oder als Teil traditioneller Kampfgruppen eingesetzt werden, müssen noch beantwortet werden“, hieß es in einem Artikel von „Breaking Defense“.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Nach genaueren Informationen haben die bewaffneten Formationen der Ukraine gestern um 20:45 Uhr den **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschossen. Der Gegner hat eine lenkbare Antipanzerrakete aus Richtung Peski auf das Wohngebiet der Stadt abgeschossen.**

Infolge des Beschusses wurde ein Wohnhaus in der Bogatyrskij-Gasse 35 beschädigt (Fassade, Verglasung, Zaun sowie ein Wirtschaftsgebäude).

Eine operative Gruppe der Vertreter der DVR im GZKK war vor Ort und hat die Folgen des Beschusses erfasst.

nachmittags:

rusvesna.su: **Russland verbietet den Export von Öl und Ölprodukten in die Ukraine.**

Auf einer Regierungssitzung am 18. April sagte dazu Ministerpräsident Dmitri Medwedew: „Vor einigen Tagen hat das Ministerkabinett der Ukraine einen weiteren unfreundlichen Schritt gegen unser Land unternommen und die Liste der für den Import in die Ukraine untersagten russischen Waren erweitert.“

Unter diesen Bedingungen müssen wir unsere Interessen verteidigen und Gegenmaßnahmen ergreifen: Ich habe einen Regierungsbeschluss zu diesem Thema unterzeichnet“, sagte Medwedew.

Er erklärte, dass das Dokument „die Liste der Waren bestimmt, die ab dem 1. Juni des

laufenden Jahres nur auf der Grundlage von Einzelgenehmigungen in die Ukraine ausgeführt werden dürfen".

„In diese Kategorie fallen die Produkte des Brennstoff- und Energiebereiches, darunter Kohle sowie Öl- und Ölprodukte", sagte der Regierungschef.

Darüber hinaus wird das Importverbot für einige ukrainische Waren, vor allem aus den Bereichen Maschinenbau, Leichtindustrie und Metallverarbeitung, nach Russland ausgebaut. Es sei daran erinnert, dass das Ministerkabinett der Ukraine am 10. April die Liste der Waren aus Russland, die unter das Embargo fallen, erweitert hat, insbesondere um Glaswaren und Formalin.

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, aber kontrollierbar. Die ukrainischen Streitkräfte beschießen weiter Ortschaften der Republik. Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von den Positionen der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Prischib** und **Frunse** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde auf Befehl des Bataillonskommandeurs und Verbrechers Wysokoljan die Umgebung von **Solotoje-5** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden **auf das Territorium der Republik mehr als 40 verschiedene Geschosse abgefeuert**.

Die ukrainischen Truppen konzentrieren weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie und demonstrieren so ihren Unwillen, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen. So hat unsere Aufklärung die Ankunft von drei URAL-Fahrzeugen mit Munition für Granatwerfer in Trechisbjenka festgestellt. Diese Handlungen des Gegners bewerten wir als Vorbereitung zu Provokationen im Vorfeld der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen.

Die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte wächst weiter. Früher hatten wir bereits erklärt, dass mit Beginn der warmen Jahreszeit die ukrainischen Truppen begonnen haben, Aktivitäten bezüglich der Verminung von Territorien an der Kontaktlinie zu zeigen.

Im Zusammenhang mit dem Fehlen der notwendigen Ausbildung des Personals sowie von genauen Karten von Minenfeldern haben die Fälle zugenommen, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf Minensperren geraten. Allein in der letzten Woche wurde uns von vier solchen Fällen in der 10. und 54. Brigade bekannt, in deren Folge zwei ukrainische Soldaten starben und sechs verletzt wurden.

Am 17. April wurden 10 Verletzte Soldaten aus der OOS-Zone in das zentrale klinische Militärkrankenhaus von Kiew eingeliefert.

Aber nach Angaben der Organisation „Freiwillige Hundertschaft Hospital“ gibt es **keine Mittel zur Behandlung und Ernährung der ukrainischen Soldaten**. Die Freiwilligen verbreiten aktiv Informationen darüber, das nicht gleichgültige Menschen mit allem Möglichen helfen sollen: dazu gehören Geldmittel, Lebensmittel, Medikamente, Hygienemittel. Die **medizinische Versorgung der ukrainischen Armee ist weiter auf niedrigem Niveau**. Dabei muss angemerkt werden, dass Poroschenko allein für die Wahlkampfkampagne in der zweiten Runde 3,7 Mio. US-Dollar aus dem Staatshaushalt verwendet hat.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog und bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts, aber im Fall von Provokationen von Seiten des Gegners, sind wir zu äußerst entschiedenen Handlungen bereit. Wir erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und die Fähigkeit zur

Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik. In den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR werden Übungen durchgeführt.

de.sputniknews.com: **Kim Jong Un besucht Russland im April – Kreml**

Der Staatschef Nordkoreas Kim Jong Un soll Russland in der zweiten Hälfte Aprils besuchen. Eine entsprechende Erklärung wurde am Donnerstag auf der Webseite des Kremls veröffentlicht.

„Auf Einladung von Wladimir Putin wird der Vorsitzende des Komitees für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik Korea, Kim Jong Un, in der zweiten Hälfte Aprils die Russische Föderation besuchen“, hieß es.

Womit sich der Staatschef Nordkoreas beim Besuch befassen soll, wurde nicht präzisiert.

Im September 2018 traf sich die Chefin des Oberhauses Russlands, Walentina Matwijenko, mit Kim Jong Un und übergab ihm eine Botschaft vom russischen Präsidenten. Schon damals hatte Kim seine Bereitschaft bestätigt, Russland einen Staatsbesuch abzustatten. Außerdem soll er Russland um Hilfe bei der Milderung der gegen sein Land verhängten Sanktionen gebeten haben.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32474/10/324741080.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.04.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 12-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshisnkij und Mischantschuk aus **Spartak, Jasinowataja, Krutaja Balka** und das Gelände des Flughafens von Donezk mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen, insgesamt hat der Gegner 21 Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem haben Kämpfer der 24. mechanisierten und der 35. Marineinfanteriebrigade **Trudowski** und **Dokutschajewsk** mit Schusswaffen beschossen.

Infolge des Beschusses von den Positionen der 57. Panzergrenadierbrigade auf ein **Wohngebiet von Donezk** mit Antipanzerlenkraketen wurde ein Wohnhaus in der Bogatyrskij-Gasse 35 beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Sachanka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Gestern hat der Kommandeur der Besatzungstruppen Najew, der sich verstärkt mit Selbst-PR

befasst, in einem Interview mit der britischen Rundfunkgesellschaft BBC ein weiteres Mal das westliche Auditorium in die Irre geführt. Traditionsgemäß waren die für die militärisch-politische Führung der Ukraine üblichen Beschuldigungen über die Anwesenheit von mythischen „Tausenden russischen Soldaten und Waffen“ im Donbass zu hören. Dabei schwanken die „zuverlässigsten“ und „genauesten“ Informationen der „berühmten“ ukrainischen Aufklärung in den letzten vier Jahren von 200 bis 2000 „Besatzern“, die angeblich auf dem Territorium der Volksrepubliken anwesend sind und die sich so gut verbergen, dass sie außer Poroschenko niemand bemerkt.

Najew nannte auch die problematischsten Gebiete in der Zone der Operation der Besatzungskräfte. Das ist Richtung Mariupol und das Awdejewker Gewerbegebiet. Hier muss man ihm zustimmen. Richtig, er will nicht in die Details gehen und nicht auf die Ursachen der „Probleme“ in den genannten Gebieten eingehen, aber dies sind genau die Beschießungen von den Positionen der ukrainischen Kämpfer aus.

Ich erinnere an **die letzten „Heldentaten“ der Untergebenen Najews**. Die ukrainischen Kämpfer haben **einen friedlichen Einwohner von Sachanka** getötet, **humanitäre Hilfe des Roten Kreuzes in Kominternowo in Brand gesetzt**, sie **beschießen regelmäßig das Territorium der Wasiljewker Pumpstation und der Donezker Filterstation** sowie deren Mitarbeiter und Reparatur- und Wiederaufbaubrigaden, die versuchen die Funktionsfähigkeit der Objekte der zivilen Infrastruktur aufrechtzuerhalten und keine humanitäre Katastrophe zuzulassen. Es wird nicht überflüssig sein, sich an die **Verwendung ukrainischer 122mm-Artillerie auf Sosnowskoje** zu erinnern, deren Folgen vor kurzem von OSZE-Beobachtern festgehalten wurden.

Den von Najew aufgezählten Problemgebieten kann man noch die Bezirke Kiewskij, Kujbyschewskij und Petrowskij von Donezk, Dokutschajewsk, die Umgebung von Gorlowka, Jasinowataja, Staromichajlowka, Alexandrowka ... hinzufügen. Insgesamt praktisch alle Ortschaften und Bezirke entlang der Kontaktlinie, die täglich von der Aggression von den Positionen der ukrainischen Kämpfer betroffen sind und unter dem ukrainischen Beschuss leiden, der auf Befehl oder mit schweigender Zustimmung Najews erfolgt.

Und natürlich darf man die Erklärung Najews nicht unbeachtet lassen, dass während der Operation der Besatzungskräfte (seit 30. April 2018) etwa 20 Quadratkilometer Territorium „unter Kontrolle genommen“ wurden. Man muss anmerken, dass dies nicht der erste Fall ist, in dem Najew unmittelbar während eines Interviews neue Territorien „besetzt“. So ist es ihm im August 2018 während eines Interviews mit ukrainischen Massenmedien bereits gelungen 15 Quadratkilometer zu „befreien“.

Man kann natürlich an der psychischen Zurechnungsfähigkeit des ukrainischen militärischen Leiters Zweifel haben, aber tatsächlich gibt Najew solche Erklärungen nicht zufällig zu bestimmten Zeiten mit einem konkreten Ziel ab. Mitte des letzten Jahres, nach einer Serie gescheiterter militärischer Ausfälle von Diversions- und Erkundungsgruppen sowie zahlreichen kampfbedingten und nicht kampfbedingten Verlusten, befand sich die Karriere Najews und sogar sein weiterer Dienst in der Armee in Gefahr. Die höheren Kiewer Beamten sind äußerst selten an der Front und leben nur durch Berichte. Deshalb gibt der Kommandeur der Besatzungskräfte auch solche Erklärungen ab, um Sand in die Augen der Leitung zu streuen und an der Macht zu bleiben. Außerdem versucht Najew, durch regelmäßige Mitteilungen über angebliche Errungenschaften an der Front das Rating seines Herren Poroschenko wenigstens ein wenig anzuheben.

de.sputniknews.com: **Irans Streitkräfte so stark wie noch nie – Rouhani**

Nach der US-Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation hat die Islamische Republik militärische Präsenz demonstriert. Das Land ist in der Lage, gegen „Verschwörungen der USA und Israels“ Widerstand zu leisten, wie der iranische Präsident Hassan Rouhani bei der jährlichen Militärparade am Donnerstag in Teheran erklärte.

„Luftwaffe, Bodentruppen und Marine waren noch nie so stark wie heute“, zitiert die Deutsche Presse-Agentur (DPA) Rouhani. „Wir lassen uns (von den USA) nicht einschüchtern“, so Rouhani weiter.

Die US-Regierung hatte die Revolutionsgarden in einem beispiellosen Schritt als ausländische Terrororganisation eingestuft. Der Iran setzte im Gegenzug das US-Zentralkommando Centcom, das die amerikanischen Truppen im Nahen Osten führt, auf die Liste der Terrororganisationen. Die Revolutionsgarden (IRGC) sind die Eliteeinheit der Streitkräfte im Iran und weitaus wichtiger als die klassische Armee.

Die Einstufung der IRGC als Terrorgruppe bezeichnete Rouhani als Beleidigung der gesamten iranischen Nation.

„Die IRGC sind nicht nur ein wichtiger Teil der iranischen Streitkräfte, sondern des iranischen Volkes“, sagte Rouhani.

Sie hätten vor allem dafür gesorgt, dass islamistische Terrorgruppen in der Region nicht Fuß fassen konnten. Die IRGC nun als Terroristen einzustufen, sei daher absurd.

Zugleich sandte Rouhani Versöhnungssignale an die arabischen Nachbarn - auch an Erzfeind Saudi-Arabien. „Wir haben doch jahrzehntelang friedlich nebeneinander gelebt und können es auch weiterhin tun“, erklärte der Präsident. Die militärische Stärke diene der Verteidigung der iranischen Grenzen und sei nicht gegen die Nachbarn gerichtet, so der Kleriker.

Zuvor war berichtet worden, dass der iranische Präsident Hassan Rouhani den Staatschef der Vereinigten Staaten Donald Trump im Ende Juli des vorigen Jahres davor gewarnt hatte, eine gegen den Iran gerichtete Politik zu verfolgen und damit „mit dem Schwanz des Löwen“ zu spielen. „Amerika sollte wissen, ein Krieg mit dem Iran ist die Mutter aller Kriege“, zitierte die Agentur Reuters Rouhani unter Verweis auf die Nachrichtenagentur Isna am Sonntag.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32474/08/324740834.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Die BFU haben die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen, dabei wurden Dächer und Verglasungen folgender Wohnhäuser beschädigt:

- Wesennjaja-Straße 56, 58, 59;
- Marschall-Gretschko-Straße 55, 57.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Verbandzeug, Notration und falsche Berater: Wie die Nato sich um Kiews Armee kümmert**

Petro Poroschenko will die Ukraine in die Nato führen. Aber will das auch die Nato? Das Ziel des Bündnisbeitritts wurde auf Drängen des Präsidenten in der ukrainischen Verfassung verankert. Aufnahmeverhandlungen zögert die Allianz indes hinaus. Was es derzeit gibt, ist nur Material- und Personalthilfe – aber auch nicht im gewünschten Umfang.

Wieviel Geld genau seit 2014 dafür ausgegeben wurde, Kiews Armee aufzupäppeln, verraten die Verantwortlichen nicht. Dass die USA nach dem Maidan rund 1,5 Mrd. Dollar in die Ausstattung der ukrainischen Streitkräfte investiert haben, weiß man aber, schreibt die Zeitung „Iswestija“. Im laufenden Jahr verfügt die ukrainische Armee über ein Budget von umgerechnet 7,8 Mrd. Dollar. Washington will weitere 250 Mio. Dollar für Militärhilfe an die Ukraine ausgeben. Insgesamt haben über 20 Länder die Ukraine seit 2014 mit militärischen Lieferungen und Beratungen unterstützt.

Lange Zeit zögerte die US-Regierung, die Kiewer Armee mit sog. letalen Waffen zu versorgen. Die Regierung Obama fürchtete, die Lage im Donbass könnte eskalieren, würden solche Waffensysteme geliefert. Was die ukrainischen Streitkräfte deshalb von Washington bekamen, waren Notrationen, Verbandskästen, persönliche Ausrüstung, nichtletale Rüstung... Diese Hilfsgüter werden auch heute noch geliefert. Vor fünf Tagen erst sind im Hafen von Odessa amerikanische Geländewagen angekommen, schreibt die Zeitung: 35 Humvees in gepanzerter Ausführung und als Sanitätsfahrzeuge.

Seit dem Amtsantritt von Donald Trump hat sich die Haltung der US-Regierung geändert: Immer häufiger sind Lieferungen tödlicher Waffensysteme an die Ukraine im Gespräch. Die Ukraine steht gegenwärtig auf der Liste jener US-Partnerländer, die keinerlei Einschränkungen bei militärischer Kooperation unterliegen.

Sehr deutlich kam das zum Ausdruck, als die USA die Panzerabwehrwaffen „Javelin“ an die Ukraine lieferten. Gepanzerte Fahrzeuge, Kampfpanzer, geschützte Objekte, auch Hubschrauber können mit dieser Waffe bekämpft werden. Es ist das teuerste Waffensystem seiner Art – Stückpreis: rund 100 Tsd. Dollar.

Gemäß der Vereinbarung hat die Ukraine im Frühjahr 2018 ganze 31 „Javelin“-Systeme inklusive 210 Gefechtsköpfe erhalten, im Wert von 47 Mio. Dollar. Auf die Lage im Donbass hatte die Waffenlieferung keinen Einfluss, schreibt das Blatt: Washington hatte den Einsatz der „Javelin“ an der Kontaktlinie verboten. Offenbar will sich Pentagon dem Vorwurf nicht aussetzen, den Konflikt in der Ostukraine zu eskalieren – oder das US-Verteidigungsministerium fürchtet, die Panzerabwehrwaffen könnten in die Hände der Aufständischen gelangen.

Außerdem hat Washington Scharfschützengewehre und tragbare Granatwerfer an die ukrainischen Streitkräfte geliefert. Eine Großlieferung tödlicher Waffen an die Ukraine wurde im Herbst letzten Jahres gemeldet: Rund 3,5 Tsd. Feuerwaffen, über 3 Tsd. Minen, circa 2 Mio. Gefechtspatronen, 34 Tsd. Sprengköpfe und 52 Tsd. Raketen sind laut dem Blatt in die Ukraine gebracht worden.

Damals fand auch die feierliche Übergabe zweier Patrouillenboote der „Island“-Klasse an die ukrainische Marine statt. Nur: Über 30 Jahre waren die beiden Boote bei der US-Küstenwache im Einsatz, wurden ausgemustert und sind seitdem funktionsuntüchtig.

Jedenfalls lässt deren technischer Zustand es nicht zu, sie ins Schwarze Meer zu überführen, so das Blatt. Und: Für die Boote selbst musste Kiew eigentlich nichts bezahlen – deren Reparatur, Umrüstung und die Ausbildung der Besatzung kostete aber 10 Mio. Dollar.

Womit Nato-Länder den ukrainischen Streitkräften auch helfen, sind Ausbildung und Beratung. Das Bündnis plant laut dem Blatt bis 2022, eine neue ukrainische Unteroffiziersriege auszubilden. Daran arbeiten militärische Berater aus Amerika, Großbritannien, Kanada, Litauen, Lettland, Estland und Polen.

200 kanadische Ausbilder bringen ukrainischen Militärs auf einem Übungsgelände im Westen der Ukraine den Umgang mit Sprengfallen und selbstgemachten Sprengsätzen bei, unterstützen die Streitkräfte bei der Verbesserung der Logistik. „Unifier“ heißt die kanadische

Ausbildungsmission. Über 10 Tsd. ukrainische Soldaten haben an den Lehrgängen der Kanadier bereits teilgenommen, schreibt die Zeitung.

Für die Ausbildung ukrainischer Soldaten im urbanen Kampf sind britische Fachleute zuständig. Einsätze planen, Gelände aufklären, Minen räumen, Straßensperren errichten, Panzer abwehren, Scharfschützen bekämpfen – das alles lernen die Ukrainer unter britischer Anleitung in der Ausbildungsmission „Orbital“. In vier Jahren haben 9,5 Tsd. ukrainische Armeeangehörige daran teilgenommen.

Doch: Auch unter Nato-Aufsicht läuft in der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte einiges schief, schreibt „Iswestija“. Häufig sind westliche Berater fehl am Platz, weil ihnen das nötige Fachwissen fehlt. Ausgerechnet das ukrainische Verteidigungsministerium hat die Mängel aufgedeckt, durch einen Fotobericht über die Schießausbildung von Wehrpflichtigen 2017.

„Berater, die keine Erfahrung im Umgang mit einem russischen MG haben, bringen den Neulingen bei, den Munitionsgurt über den offenen Munitionskanal zuzuführen, statt mitten durch, wie es sein müsste. Dazu ist der Munitionsgurt auch noch mit unterschiedlichsten Schussarten beladen. Ich will mir gar nicht vorstellen, was die Berater den Soldaten sonst noch alles beibringen“, sagt ein Experte, den die Zeitung zitiert. Kurzum: Am Ende dieses Lehrgangs werden ukrainische Schützen die MGs nicht mal laden können – geschweige denn richtig bedienen.

Es heißt, die ukrainische Armee sei in den Jahren, die sie im Donbass Krieg führt, disziplinierter geworden. Sicherlich hat die Nato ihren Teil dazu beigetragen. Dennoch zeigt sich, dass die transatlantische Unterstützung längst nicht in dem Umfang erfolgt, den Kiew erhofft und erwartet hatte.

Präsident Poroschenko hat häufig für den Nato-Beitritt der Ukraine getrommelt: „Niemandem wird es gelingen, die Integration zu verhindern – weder von innen noch von außen noch in der Nato selbst“, sagte er beim Besuch in Brüssel. 2014 hatte das ukrainische Parlament auf Drängen des Präsidenten den blockfreien Status der Ukraine aufgehoben. Im Präsidentschaftswahlkampf dieses Jahres setzte Poroschenko durch, dass das Ziel des Nato-Beitritts in der ukrainischen Verfassung festgeschrieben wird.

Doch nun geht das Rennen um die Präsidentschaft in die nächste Runde: Für kommenden Sonntag ist die Stichwahl angesetzt. Als Favorit gilt Wladimir Selenski. Was die Zusammenarbeit mit der nordatlantischen Allianz angeht, hat sich der Präsidentschaftskandidat bisher verhaltener geäußert als sein Rivale: Eine Volksabstimmung sei nötig, um den außenpolitischen Kurs der Ukraine zu bestimmen. Und Umfragen zeigen, so die Zeitung: Einen Nato-Beitritt befürwortet eine Minderheit – weniger als die Hälfte – der ukrainischen Bürger.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32474/07/324740761.jpg>

de.sputniknews.com: **Aus „Sorge wegen Russland“: Schweden schickt Truppen nach Gotland zurück – AFP**

Schweden hat beschlossen, seine Truppen zur Insel Gotland zurückzubringen. Grund dafür ist die Sorge des Landes, die aus der Stärkung Russlands im baltischen Raum herrührt, meldete die AFP am Donnerstag.

Auf der Insel sollen in naher Zukunft 282 Soldaten und mehrere Dutzend Panzer stationiert werden.

Nach dem Fall der Sowjetunion kürzte Schweden seine Verteidigungsausgaben und schaffte im Jahr 2005 das Regiment auf Gotland ab.

Aufgrund des Ukraine-Konflikts und der zunehmenden Spannungen zwischen Moskau und der Europäischen Union stimmte das schwedische Parlament 2016 allerdings für die Rückkehr der Truppen auf die Insel.

„Ich spreche nicht von einer direkten Bedrohung für Schweden, sondern von einer Sicherheitslage, die heute schlimmer ist als vor zehn Jahren“, äußerte Schwedens Verteidigungsminister Peter Hultqvist gegenüber AFP.

Die Entscheidung Schwedens, seine Präsenz in der Ostsee zu verstärken, könnte laut AFP auch als Botschaft an die Nachbarn verstanden werden.

Die Nato hatte als Reaktion auf Russlands angebliche Beteiligung am Konflikt in der Ukraine Truppen in die baltischen Staaten und nach Polen entsandt. Obwohl Schweden nicht Mitglied der Allianz sei, habe es die Zusammenarbeit mit der Nato intensiviert und im vergangenen November Truppen zur Teilnahme an militärischen Übungen in Norwegen entsandt.

„Die offizielle Ansicht ist, dass im Falle eines Krieges in der baltischen Region wir alle davon betroffen sein werden“, zitiert AFP Robert Dalsjo, Vertreter der schwedischen Verteidigungsforschungsagentur.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32474/36/324743697.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Ukraine: Favorit von Präsidentschaftsrennen lehnt Sonderstatus für Donbass ab**

Der ukrainische Komiker und Präsidentschaftskandidat Wladimir Selenski hat sich in einem Interview zur Situation um die selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk geäußert. Der Favorit des Rennens um das höchste Amt des Landes sprach sich dagegen aus, dem Donbass einen Sonderstatus zu verleihen.

Eine Amnestie für die „Rebellen“ schloss Selenski ebenfalls aus. Auf die Frage, ob er den

russischen Präsidenten Wladimir Putin für einen Feind halte, antwortete der Komiker:
„Natürlich.“

Die Regelung des Konflikts in der Ostukraine werde lange Zeit in Anspruch nehmen, so der
Präsidentschaftskandidat weiter.

„Ich glaube, dass es unsere große Geschichte ist, und wir werden noch lange brauchen, um
aus dieser kriminellen Situation herauszukommen“, sagte Selenski gegenüber „RBC
Ukraine“.

Er setze dabei auf „Informationskrieg“: „Ich hoffe sehr, mittels Informationen diese
Menschen (im Donbass – Anm. d. Red.) davon zu überzeugen, dass sie die Ukraine genauso
brauchen, wie auch die Ukraine sie braucht, und dass sie gleichwertige Ukrainer sind.“ Für
diesen Zweck seien aber viele „humanitäre Schritte“ notwendig.

Selenski sprach sich für die Schaffung eines großen europäischen Medienportals aus, das in
russischer Sprache über die Ereignisse in der Ukraine ehrlich berichten würde.

Es gebe eine „informationelle Mauer“ um den Donbass herum, betonte der
Präsidentschaftskandidat. Das Schlimmste an der ganzen Situation sei die Tatsache, dass
Kiew auf ein Gespräch mit den abtrünnigen Gebieten verzichte.

„Diese Menschen in diesen Gebieten, die keine Renten erhalten... Und dass wir mit ihnen
nicht sprechen – das ist das Schrecklichste.“

Seit Jahren verzichtet Kiew auf jeglichen Dialog mit den selbsterklärten Republiken Donezk
und Lugansk. Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hatte der ukrainischen Führung
zuvor vorgeworfen, das von den Minsker Abkommen geforderte Gespräch mit dem Donbass
stur abzulehnen. Jeglicher Dialog-Versuch werde von Kiew mit Hochverrat gleichgesetzt.
Der Anführer der Republik Lugansk, Leonid Paseschnik, verknüpft das Ende des Krieges in
der Ostukraine mit einem Dialog mit Kiew. Doch jegliche Versuche seitens Lugansk, den
Konflikt auf diesem Wege beizulegen, würden in Kiew auf Ablehnung stoßen.

„Das zeugt davon, dass die jetzige ukrainische Führung von diesem Krieg einfach profitiert.
Solange sie diesen Krieg nicht selbst beenden wollen, solange sie nicht in einen direkten
Dialog mit dem Donbass einwilligen, sind wir gezwungen, unser Territorium vor ihrer
bewaffneten Aggression zu schützen.“

Bei der Präsidentschaftswahl vom 31. März hatte Selenski mit 30,24 Prozent der Stimmen
klar gegen Amtsinhaber Poroschenko gewonnen, der nur auf knapp 16 Prozent der Stimmen
kam.

Keiner der Kandidaten konnte allerdings die für den Sieg in der ersten Runde erforderliche
Stimmzahl erreichen. Nun soll es am 21. April zur Stichwahl zwischen dem Komiker
Selenski und dem amtierenden Staatschef Poroschenko kommen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32474/57/324745774.jpg>

de.sputniknews.com: **Nordkorea fordert „reifen Diplomaten“ statt Mike Pompeo**

Nordkorea will im Fall der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den USA keinen Mike Pompeo als Gesprächspartner sehen. Dieser sollte durch einen reifen Diplomaten ersetzt werden, forderte Pjöngjang laut einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA. Das Außenministerium in Pjöngjang wirft US-Außenminister Pompeo unter anderem vor, tagtäglich blödsinnige Erklärungen gegenüber Nordkorea abzugeben. „Gerade wegen Pompeo kommen die Gespräche nicht voran. Es ist unklar, ob Pompeo tatsächlich nicht versteht, was die nordkoreanische Seite sagt, oder nur so tut“, hieß es in Pjöngjang. Nordkorea bleibt US-Sanktionen ausgesetzt. Das Schicksal der Verhandlungen ist ungewiss. Das Außenamt betonte zudem, dass es ausgerechnet die USA sind, die Nordkorea im Grunde genommen gezwungen haben, eigene Atomwaffen zu entwickeln.